

Nationalrat Hurter will die Kommunikation der Armee halbieren

- 25.11.2025
- Schaffhauser Nachrichten
- Till Burgherr

Die Armee knallt - kommunikativ allerdings fast noch lauter als auf dem Schiessstand. 106 Vollzeitstellen verschlingen 17,8 Millionen Franken pro Jahr. Dem Schaffhauser Nationalrat Thomas Hurter ist das deutlich zu viel. Er fordert die Halbierung des Personals. Was dahinter steckt.

SCHAFFHAUSEN/BERN. Werbefilme zeigen Rekruten im besten Licht, auch auf Instagram präsentiert sich die «beste Armee der Welt» nur von ihrer Schoggiseite. Das Verteidigungsdepartement (VBS) beschäftigt über hundert Personen Vollzeit für die Kommunikation. Das kostet 17,8 Millionen Franken jährlich. Für den Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter ist das zu viel des Guten.

«Wenn etwas passiert, schickt man jeweils eine Armada von Kommunikationsleuten, um alles schönzureden.» Das müsse nicht sein, sagt der ehemalige Militärpilot. In einem Vorstoss fordert der Sicherheitspolitiker, die Stellen in der Öffentlichkeitsarbeit und der Medienkommunikation zu halbieren. Die Ressourcen solle man stattdessen in Ausrüstung und Cyberabwehrstecken. «Mit einer Halbierung bis Ende 2028 könne man jährlich bis zu 8,9 Millionen Franken sparen», sagt er.

Bundesrat sagt Nein, aber... Der Bundesrat lehnt die Motion in seiner Antwort ab. Trotzdem will er die Anliegen der Motion aufnehmen.

Für Hurter ein wichtiges Signal: «Mir sagt die Antwort vom Bundesrat, dass der Verteidigungsminister die Problematik grundsätzlich sieht.» Dies sei bereits ein Fortschritt. «Man merkt, dass sich die Kultur mit dem neuen Chef geändert hat. Es wird nun mehr auf Leistung gesetzt als auf Aussen-Wirkung.» Der neue Verteidigungsminister Martin Pfister (Mitte) und Hurter kennen sich persönlich, sei hier noch erwähnt.

Allerdings betont der Bundesrat im Schreiben, dass eine Halbierung nicht möglich sei. Schliesslich sei das VBS das grösste Departement überhaupt, mit rund einem Drittel aller Bundesangestellten. Deshalb habe man auch einen «umfassenden Kommunikationsauftrag». Gemäss Hurter ist das aber kein Grund, «mehr als das Doppelte als jedes andere Departement» zu beschäftigen. Miliz statt Medienprofis In seinem Vorstoss schlägt Hurter vor, vermehrt auf die Kommunikation direkt von Fachoffizieren und Milizkräften im Feld zu setzen.

Sie seien näher dran, kompetent und günstiger. «Die können das viel besser als die Kommunikationsleute in Bern», sagt der Schaffhauser Nationalrat. Wichtige Mitteilungen des Departements sollen aber weiterhin von den offiziellen Stellen wahrgenommen werden. Der Bundesrat tritt hier auf die Bremse. Milizoffiziere sollen Truppenbelange kommunizieren und nicht die Arbeit für das Departement übernehmen.

«Ein Personalabbau darf mit der Truppe ausdrücklich nicht kompensiert werden», heisst es. Der Bundesrat argumentiert auch, dass die internationale Lage sich verschlechtert hat und Desinformation zunimmt. Deshalb dürfe man bei der Kommunikation nicht blind den Rotstift ansetzen. «Es soll aktiv, umfassend, zielgruppengerecht und frühzeitig kommuniziert werden», so der Bundesrat. Weil neben den klassischen Informationskanälen auch «neue» wie die sozialen Medien bespielt werden müssen, sei die Informationstätigkeit aufwendiger geworden.

Das Problem der Desinformation streitet Hurter nicht ab, doch es gäbe andere Ansätze, dagegen anzukämpfen. «Das Problem löst man nicht mit mehr Leuten.» Man müsse die Quellen kennen und Kontakte pflegen. «In Krisen muss man Köpfe kennen.» Man hätte zum Beispiel viel früher

Beziehungen zur Administration Trump aufbauen müssen.

Wie es nun weitergeht Die Motion wird als Nächstes im Nationalrat behandelt. Wenn der Bundesrat seine angekündigte Überprüfung der Kommunikationsstrukturen bis dahin bereits weit vorangetrieben hat, sinken die Chancen der Motion. Wenn nicht, steigt ihr Gewicht, prognostiziert Hurter. «Ich werde den Druck aufrechterhalten», sagt er. Dass der Bundesrat handeln will, wertet er als gutes Zeichen.

«Wenn etwas passiert, schickt man jeweils eine Armada von Kommunikationsleuten, um alles schönzureden.» Thomas Hurter Nationalrat SVP.